Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 27

Artikel: Der Student im kommunistischen System ist ein spezialisierter Schüler der Oberstufe

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076785

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Student im kommunistischen System

ist ein spezialisierter Schüler der Oberstufe

Die Studenten in den kommunistischen Staaten sind Oberschüler mit spezialisierter Fachausbildung auf der Grundlage gleichgeschalteter ideologischer Schulung. Als Erziehungsobjekte werden sie ähnlich behandelt wie Mittelschüler, als zukünftige Akademiker werden sie direkt und ausschliesslich für ihr planwirtschaftlich vorbestimmtes Gebiet vorbereitet, als Arbeitskräfte werden sie bereits während des Studiums im Getriebe der Volkswirtschaft eingespannt. Sie haben ihr gesichertes Existenzminimum und ein kollektives Arbeitsklima. Sie essen recht bis schlecht und wohnen schlecht. Sie stellen für das kommunistische Regime einen Gebrauchswert dar; diesem entsprechen ihre Ausbildungsmöglichkeiten, ihre Stellung in der Gesellschaft, ihre Behandlung in Arbeits- und Freizeit.

Teil des Ganzen

Das Hochschulsystem im Ostblock muss als Teil des gesamten Bildungs- und Schulsystems betrachtet werden. (Siehe KB Nr. 19, Seiten 3 bis 5, und Untersuchungen Nrn. 21, 22 und 25.) Die Studenten stellen viel weniger einen deutlich wahrnehmbaren Stand dar als bei uns. Sie sind in erster Linie Schüler einer bestimmten Ausbildungsstufe, die wohl einen bestimmten Platz, aber keine Sonderstellung im Rahmen all jener einnehmen, die sich bilden oder weiterbilden. Ferner können sie auch im Zusammenhang mit allen Berufs- und Arbeitstätigen gesehen werden. Nicht nur sind sie in Form von «Produktionspraxis» oder von Nebenbeschäftigung tatsächlich meistens in den Arbeitsprozess (aber damit keineswegs schon im Erwerbsleben) einbezogen, sondern sie werden auch grundsätzlich als Werktätige mit besonderer Aufgabe betrachtet. Das Studium ist einem Anlernen auf die Produktionspraxis völlig gleichzusetzen (und hat auch als Grundlage zu weiterer wissenschaftlicher Tätigkeit den gleichen Sinn, denn auch diese wird als Produktionsbeitrag verstanden).

In ähnlicher Weise kann das Hochschulstudium als extremster Fall der Fortbildungsmöglichkeiten aufgefasst werden, die den Berufstätigen offenstehen. Schliesslich hat die polytechnische Grundlage der allgemeinen Erziehung (Schulreform von 1958 in der Sowjetunion, Parallelentwicklung in den Satellitenstaaten) dazu beigetragen, die Verflechtung des Hochschulstudiums mit Schule einerseits und Praxis anderseits zu betonen. In der Sowjetunion beispielsweise gibt es viele Hochschulen oder «Fakultäten», die in unserer Gebrauchssprache als Fachmittelschulen oder Musterbetriebe gelten würden. So gibt es manche Uebergangsstufen und Schattierungen. Die Universitäten sind von den andern Erziehungs- und Bildungsinstitutionen nur graduell verschieden.

Die regulären Studenten

Neben den Hochschulabsolventen, die sich ausschliesslich ihrem Studium widmen (wozu auch Praxis gehören kann) gibt es die Teilnehmer an den Abendvorlesungen und an den Korrespondenzkursen. Sie fallen numerisch stark ins Gewicht und stellen immer wachsende Kontingente (in Estland zum Beispiel bilden die Angehörigen der Korrespondenzabteilung bereits über einen Drittel aller Studierenden). Wenn freilich die besonderen Bedingungen den Studenten untersucht werden sollen, sind die Besucher der «Tagesabteilung», also die regulären Studierenden zu berücksichtigen, da für die Lebenshaltung der andern die Merkmale ihres sonstigen Standes überwiegen, oder zum mindesten eine wesentliche Rolle spielen.

Wer wird Student?

Der Kommunismus proklamiert für jedermann eine seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildungsmöglichkeit. Dementsprechend müsste jedermann das Hochschulstudium offenstehen, der dazu geeignet ist. In Wirklichkeit aber gibt es eine Diskriminierung auf politischer und gesellschaftlicher Grundlage, ferner spielen materielle Voraussetzungen noch (oder wieder) eine gewisse Rolle.

Zunächst genügt zur Aufnahme an einer Hochschule (wie schon an einer Mittelschule) ein gutes Zeugnis keineswegs. In der Sowjetunion werden nur Bewerber aufgenommen, die «positive Empfehlungsschreiben» von Partei, Gewerkschaft, Komsomol und andern von der KP kontrollierten Gesellschaftsorganisationen vorlegen können. Auch braucht es ein Zeugnis von Industriebetrieben, Kolchosverwaltungen oder anderer beruflicher Seite, wo die Charakteristik der Eltern zusammengestellt ist: ob diese regimetreu sind, in die Kirche gehen, Bekanntschaften mit «gesellschaftsfeindlichen Elementen» pflegen usw. Die Herkunft wird also berücksichtigt. Daneben spielen unpolitische oder halbpolitische Kriterien ihre Rolle. Bis zu 80 Prozent der Studienplätze sind reserviert für Personen mit einer mindestens zweijährigen Produktionspraxis in Landwirtschaft oder Industrie, für Teilnehmer am Grossen Vaterländischen Krieg (2. Weltkrieg) und für Armee-Entlassene.

In den Volksdemokratien wird nicht zuletzt die Geburt berücksichtigt. In der Tschechoslowakei müssen laut der offiziellen Parteizeitschrift «Zivot Strany» einerseits «die soziale Herkunft», anderseits die geistigen Fähigkeiten der Kandidaten berücksichtigt werden. «Der richtige Parteistandpunkt besteht darin, die Kader nach ihren politischen und fachlichen Fähigkeiten auszuwählen.» In Ungarn erklärte Kadar die politische Zuverlässigkeit der Bewerber als wichtigsten Aspekt bei der Aufnahme an einer Hochschule («Nepszabadsag», 30. Juni 1957). Parallel zum sowjetischen Beispiel ist man in den letzten Jahren auch in den Volksdemokratien dazu übergegangen, eine gewisse Produktionspraxis als Bedingung zum Studium zu stellen. In der CSSR, in Ungarn und Rumänien werden Anwärter bevorzugt, die mindestens ein Jahr diesbezüglicher Arbeit geleistet haben. In Bulgarien werden seit diesem Jahr 60 Prozent der Plätze für Studenten reserviert, die eine Arbeitspraxis von mindestens zwei Jahren nachweisen können. Angerechnet wird ebenfalls der Militärdienst. Am weitesten ist diesbezüglich die Sowjetzone Deutschlands gegangen, wo bereits eine abgeschlossene Berufsbildung als Aufnahmevoraussetzung an Hochschulen vorgesehen wird (Erklärung des Ministers für Volksbildung vom 30. März 1962).

Komplizierte Stipendienpolitik

Die Vorstellung, das Studium sei in den kommunistischen Staaten durchwegs frei, ist falsch. Vor 1956 wurde der allgemeine Anspruch auf staatliche Stipendien wohl ziemlich durchgehend anerkannt. In den Jahren 1955 bis 1958 aber wurde die Unterstützungspolitik geändert: die Beträge pro Person stiegen zwar, die Zahl der Bezüger aber wurde eingeschränkt.

Die Mehrzahl der Studenten erhält zwar ein Stipendium. Man unterscheidet zwischen Vollstipendium und Teilstipendium, abhängig vom Lernerfolg einerseits und von der sozialen Lage der Eltern anderseits. Dass die Anzahl der Empfänger kleiner und nicht grösser wird, erklärt man mit dem steigenden Lebensstandard der Bevölkerung. In Wirklichkeit hat der Staat wohl Mühe, die Kosten für die stark ansteigenden Studentenzahlen im gleichen Ausmass zu decken. (In der Sowjetunion stieg etwa der Promillanteil der Studenten an der Bevölkerung zwischen 1939 und 1959 von 5,2 auf 10,5. Jährlich zählt man jetzt etwa 360 000 Hochschulabsolventen.)

Neben den üblichen Zuwendungen gibt es noch «persönliche Stipendien» (Stipendii Personalnje) für besondere Leistungen, wobei nicht nur Lernerfolge, sondern auch Parteiverdienste berücksichtigt werden. Um einen Einblick in die Grössenordnung dieser Summen zu gben: Das erst kürzlich eingeführte Stipendium «Lomonosow» beträgt 60 Rubel monatlich, was dem Lohn eines angelernten Arbeiters entspricht (Lohnminimum nach der letzten Erhöhung sind 45 Rubel, einem Kaufwert von 90 Franken entsprechend).

In Ungarn unterscheidet man zwischen «Sozialstipendium» (für Kinder aus ärmeren Verhältnissen) und «Leistungsstipendien», die sich nach dem Studienerfolg richten. In Polen berücksichtigt das Stipendienwesen die Studienleistungen viel weniger, wobei aber die gehandhabte «trägheitsfördernde» Praxis starke Kritik findet.

Gebundene Zukunft

Von grosser Wichtigkeit sind in sämtlichen kommunistischen Staaten die sogenannten «Betriebsstipendien», die in der Regel etwas höhere Beträge darstellen als die normalen staatlichen Zuwendungen. Dafür müssen sich aber die Nutzniesser verpflichten, nach Studienabschluss eine bestimmte Anzahl von Jahren im fraglichen Betrieb zu arbeiten, so dass hier die höheren Bezüge ihre Schattenseiten haben.

Nun verlangt freilich auch der Staat selbst von seinen ehemaligen Studenten Rechenschaft über ihre Arbeit und ihren Arbeits-

Der dialektische Materialismus

In der letzten Nummer erschienen zwei ursprünglich als Fortsetzung gedachte Untersuchungen «Der dialektische Materialismus» und «Der historische Materialismus» (wobei diese Reihenfolge der Beiträge richtigzustellen ist). Die dritte Fortsetzung über die Pervertierung dieser theoretischen Grundlagen durch die Praxis der kommunistischen Machthaber wird eine abschliessende Untersuchung umfassen. Red. KB

ort. Er hat ein Recht, das Tätigkeitsgebiet der Hochschulabsolventen bis ins Detail zu bestimmen. Allerdings ist hier gegenüber der stalinistischen Epoche eine gewisse Erleichterung eingetreten. Wohl ist die Abkommandierung der Hochschulabsolventen an eine bestimmte Stelle in der Sowjetunion noch ein juristischer Begriff, aber in der Praxis scheint diese planwirtschaftliche Lenkung doch nicht reibungslos zu funktionieren, wie sich Pressemeldungen entnehmen lässt. Besonders Aerzte und Ingenieure verstehen es anscheinend immer wieder, sich beispielsweise einer Verpflichtung zur Berufsausübung ausserhalb der Städte zu entziehen. Seit diesem Jahr zieht nun Chruschtschew die Schraube wieder fester an. Agrarspezialisten jedenfalls, die sich vor der Arbeit in den Kolchosen und Sowchosen drücken wollen, haben mehr und mehr Mühe, sich dem «Ruf der Gesellschaft» zu entziehen. Das Regime benützt, um seinen Willen durchzusetzen, immerhin mehr indirekte Druckmittel als Zwangsmassnahmen, was auch der üblichen Politik bei der Verschiebung von Arbeitskräften entspricht.

In den Volksdemokratien ist es im Unterschied zu früher nicht mehr strafbar, sich den Arbeitsplatzzuweisungen der Regierung zu widersetzen. In Ungarn beispielsweise weigerten sich kürzlich einige Hochschulabsolventen, gemäss einer Weisung des Ministeriums eine Stelle auf dem Land anzunehmen. Doch hat der Staat den längern Atem, um seinen Willen indirekt durchzusetzen. Die fraglichen Fachleute finden (da alles staatlich oder staatlich kontrolliert ist) ganz einfach keinen andern Posten.

Allgemein lässt sich sagen, dass die berufliche Zukunft der Studenten weniger gebunden ist, als zur stalinistischen Zeit, aber doch keineswegs frei ist.

Wie lebt der Student?

Arbeitsweise und Lebensgestaltung des Studenten werden Gegenstand einer Fortsetzung sein. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Rolle des kommunistischen Jugendverbandes Komsomol, dessen Hochschulorganisationen eines seiner wichtigsten Tätigkeitsgebiete darstellen.

Verstärkte politisch-ideologische Auseinandersetzungen stehen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bevor, vor allem an der Medizinischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, die in der Entschliessung der SED-Parteiorganisation der Universität ihre Aufgaben viermal als «Schwerpunkt der Parteiarbeit» erwähnt worden sind.

Die Universtäts-Parteileitung ermahnt die Studenten eindringlich, «die Doppelseitigkeit von politisch-moralischer Erziehung und fachlicher Ausbildung zu überwinden». Studium und Aneignung der marxistischen Weltanschauung müssten «zur Ehrensache jedes Studenten» werden. Die Partei verlangt, dass die Studenten ihr Verhältnis zum gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium gewissenhaft überprüfen. Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, dass sich die gesamte Studentenschaft entsprechend einsetzte.

Einen «raschen Umschwung in der politisch-ideologischen Situation» verlangt die SED-Parteileitung der Friedrich-Schiller-Universität vor allem am Institut für Pädagogik. Unmissverständlich wird in diesem Zusammenhang erklärt, dass zukünftig kein Absolvent mehr zu Staatsexamen zugelassen wird, «der nicht den Anforderungen der sozialistischen Schule entspricht».

Fünf Jahre Arbeitszwang in der CSSR

In der Tschechoslowakei hat am 9. Mai der Partei- und Staatschef Antonin Novotny eine fünfjährige Arbeitspflicht für schulentlassene Jugendliche angekündigt, die graduell eingeführt wird. Die «Empfehlung» (vorläufig handelt es sich offiziell darum) betrifft namentlich die Absolventen von Hoch- und Mittelschulen.

Die geforderte Zustimmung der Oeffentlichkeit ist anscheinend bereits eingetroffen. Vor zwei Wochen schrieb die Regierungszeitung «Rude Pravo» diesbezüglich: «Die Empfehlung, dass Absolventen der Universitäten und Jugendliche, die die Mittelschulen verlassen, für einige Jahre zur Arbeit angehalten werden sollen, um praktische Erfahrungen zu sammeln, wurde in der Oeffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen.»

Absolventen technischer Hochschulen werden angesichts des Mangels an Technikern sofort in ihren speziellen Arbeitsgebieten Verwendung finden. Regierungsämter, Nationalkomitees und «andere Institutionen» dürfen jedoch keine Absolventen anstellen, die noch keine praktische Arbeit in der Produktion geleistet haben. Ausnahmen können nur bei «äusserst talentierten» Absolventen gemacht werden; sie können zu speziellen Forschungsarbeiten in der Produktion herangezogen werden.

Planung

Sowjetunion

Die neue Zelle

Die Siedlungseinheit des «Mikrobezirkes» oder «Mikrorayons» befindet sich vorläufig noch im Planungs- oder Experimentierzustand. Aber nach dem Willen der Partei soll sie in naher Zukunft nicht nur das Bild, sondern auch das Leben der sowjetischen Städte bestimmen.

Zunächst handelt es sich um eine *Wohngemeinschaft*, die etwa 2000 bis 3000 Personen umfasst. Und zwar nicht nur in der Form eines Quartiers, sondern im geschlossenen Rahmen einer kleinen Siedlung innerhalb der Stadt, was ja der Name «Mikrobezirk» auch ausdrücken soll. Den baulichen Charakter dieser Anlage gibt unsere Skizze nach einem Entwurf zu einem Mikrorayon in Aschchabad, der turkmenischen Hauptstadt, wieder («Turkmenskaja Iskrja», 3. Juni 1962). Das Bild spricht soweit positiv an: innerhalb eines Strassenvierecks ist eine Gruppe von Wohnhäusern im Grünen verteilt. Verschiedene Zentren der Gemeinschaft können rasch, bequem und ohne Verkehrsgefährdung (mit der es allerdings im Osten ohnehin nicht schlimm bestellt ist) erreicht werden: Kantine, Schule, Klub, Werkstätten (für Reparaturen usw.).

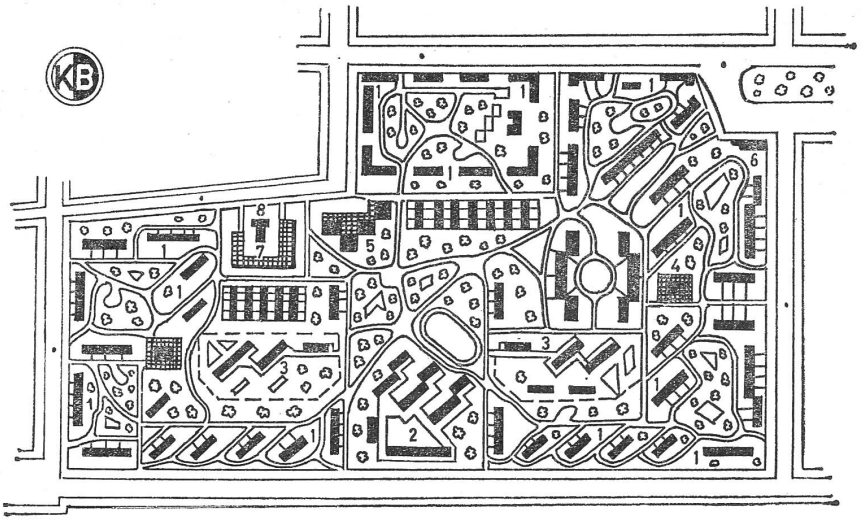
Darüber hinaus ist der Mikrorayon aber auch eine *administrative Gemeinschaft* mit gemeinsamer Partei-, Gewerkschafts- und Verwaltungsorganisation. Die Einwohner sind diesem Apparat zwangsläufig untergeordnet. Sie müssen sich aus der Gemeinschaftsküche verpflegen, ihre Kinder tagsüber in die vorbestimmten Horte abgeben usw.

Denn sie leben auch in einer *Konsumgemeinschaft*, wo das Familienbudget weitgehend vom Rayonbudget ersetzt wird, wo die Bedürfnisse nach Schema festgesetzt und befriedigt werden. Das kann verschiedene Stufen haben, und die für die Gegenwart geplante Uebergangslösung lässt persönlichen Ansprüchen noch einen gewissen Raum.

Aber die private Lebensgestaltung wird dem kollektiven Siedlungscharakter noch weitern Tribut zahlen müssen. Wie der führende sowjetische Volkswirtschaftler Professor Strumilin schrieb, wird ein komplett ausgebauter Mikrobezirk eine Sozialkommune darstellen, die alle Funktionen von Produktion und Konsum in sich vereinigt. Das Bild des Mikrorayons als *Produktionsgemeinschaft* ist allerdings komplex. Als Minimum meint er die ausserberufliche Arbeitsgemeinschaft für alle Fragen, welche die Siedlung betreffen. Beispielsweise einen Flickdienst für den

MIKRORAYON

Ein Beispiel von Aschchabad



• Strassen, 1 Wohnhäuser, 2 Schule, 3 Kinderhorte (Krippen, Gärten) 4 Werkstätten
5 Terrassenrestaurant, 5 Gesellschaftszentrum, 7 Garagen (für PWs)
8 Gemeinschaftsküche